



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

29.05.02

Presseerklärung

Die gestrige Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses verlief insofern überraschend, als es weniger darum ging, unklare Sachverhalte aufzudecken und Fragen zu beantworten, die in der Ratssitzung offen geblieben sind, sondern allein darum, durch Androhen aller möglichen rechtlichen Konsequenzen zu verhindern, dass die als nicht-öffentlich deklarierten Sachverhalte öffentlich diskutiert werden.

Dazu stellt Fraktionssprecherin Daniela Schneckenburger fest: „Der massive Schulterschluss der Dezernentenriege und die damit einhergehende Abschottung des Oberbürgermeisters hat mal wieder glänzend funktioniert. Das lässt aus unserer Sicht nur einen Schluss zu: Der begrabene Hund muss größer sein, als wir selbst ursprünglich vermutet haben. Die offene und mehrfach vorgetragene Androhung strafrechtlicher Konsequenzen im Falle einer weiteren Verbreitung von angeblich nicht-öffentlichen Informationen offenbart ebenfalls eine sehr weitgehende Verunsicherung der Verwaltungsspitze, die sich schwertut, gleich in drei Fällen von fragwürdigem Verwaltungshandeln den Deckel auf den brodelnden Töpfen zu halten.

Was die Verschwiegenheitspflicht an sich angeht, so lässt sich anhand der Gemeindeordnung trefflich über die Notwendigkeit der Behandlung von Angelegenheiten streiten, die unseres Erachtens zum grossen Teil klar von öffentlichem Interesse sind. Was den aktuellen Fall Stadtsportbund angeht, handelt es sich um die unsachgemässe, teils nicht belegte und nicht geprüfte Verwendung von öffentlichen Zuschüssen.

Die DortmunderInnen haben ein Recht darauf zu erfahren, was mit diesen Geldern passiert. Sie haben auch ein Recht darüber informiert zu werden, aus welchen Gründen im Jahr 2000 Maßnahmen unterblieben sind, die eine zweckgebundene Verwendung der Mittel und ein Controlling durch die Stadt ermöglicht hätten. Die Problematik war der Verwaltungsspitze bekannt. Dennoch weigert sich der Oberbürgermeister beharrlich, konkrete Fragen der GRÜNEN auch konkret zu behandeln. Keine Bagatellisierung des Vorfalls und Schuldzuweisung des Oberbürgermeisters in die Richtung derjenigen, die sich öffentlich zu einer bereits erfolgten Berichterstattung äussern, kann die Verantwortung für dieses unverständliche Vorgehen aufheben.

Als GRÜNE Ratsfraktion sehen wir uns verpflichtet, die Vorgänge nicht auf sich beruhen zu lassen. Wir werden die Angelegenheit SSB in den Ausschüssen und im Rat weiter



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

thematisieren und darauf drängen, dass die öffentlich zu behandelnden Informationen auch in öffentlicher Sitzung und nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden.

Falls notwendig, werden wir auch in diesem Fall auf Akteneinsicht drängen, um die nach wie vor von Langemeyer nicht beantworteten Fragen zu klären.“